

SKG – Der Berg hat eine weitere Maus geboren

Aus Bern wurden die Resultate der Vernehmlassung zum Gesetzesvorschlag Sicherheitskontrollgesetz SKG bekannt. Daraus folgende Zitate:

Von 27 Kantonen haben nur 6 positiv geantwortet. Die gebirgskantone sind vor allem wegen befürchteter Mehrkosten bei Stauanlagen gegen das SKG.

Von den Parteien hat sich einzig die FDP zum SKG materiell geäußert. Sie lehnt die Vorlage ab. Als Hauptgründe für ihre Haltung führt die Partei aus, dass das SKG durch administrative Auflagen Mehrkosten für die Wirtschaft generiere und dadurch die Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Unternehmen schwäche; ausserdem sei nicht ersichtlich inwiefern das SKG die Qualität der technischen Sicherheit verbessere.

Der Verband der Schweizer Unternehmen (economiesuisse) lehnt das SKG strikt ab; ebenso der Schweizerische Gewerbeverband. Das SKG wird von diesen Anhörungsteilnehmern abgelehnt, weil es aus ihrer Sicht keine Verbesserung und Erhöhung der technischen Sicherheit bewirke, die Abläufe durch das SKG komplizierter und unübersichtlicher würden, die entstehenden Mehrkosten die Wettbewerbsfähigkeit der schweizerischen Unternehmen beeinträchtigen und der Staatsapparat aufgebläht würde.

Im Gefahrgutbereich wird dem Sicherheitskontrollgesetz tendenziell zugestimmt; allerdings wird die in der Vorlage vorgesehene Stellung des Eidgenössischen Gefahrgutinspektorates (EGI) als bezeichneter Stelle mit gewissen hoheitlichen Aufgaben strikt abgelehnt. Die angehörten Organisationen beurteilen die heutige Situation im Gefahrgutbereich insbesondere im Hinblick auf den Status des EGI als sehr unbefriedigend.

Die zuständige Kommission soll nun die Resultate diskutieren. Wie es weitergeht, ist ungewiss. Klar scheint nur, dass das auf den 1.1.2010 vorgesehene Inkrafttreten des SKG ausgeschlossen scheint und damit auch die Installation einer unabhängigen staatlichen Aufsicht im Gefahrgutbereich.